



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhung der Pauschalabgabe auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurücknehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag hält die Entscheidung der Bundesregierung, die Pauschalabgaben auf geringfügig Beschäftigte zu erhöhen für einen Fehler, weil sie gerade die Chancen von geringqualifizierten und langzeitarbeitslosen Menschen reduziert.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zu starten, um diese Fehlentscheidung zu korrigieren.

Begründung:

Das Vorhaben der Bundesregierung wird auch in Schleswig-Holstein die Zahl der Mini-Jobs reduzieren und negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Sie erreicht das Gegenteil von dem erklärten Willen aller schleswig-holsteinischen Landtagsfraktionen, die Lohnnebenkosten zu senken statt von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Einzelhandels, Holger Wenzel, hat in der FAZ vom 16.01.06 prognostiziert, dass die Große Koalition auf diesem Weg „den Anteil der Schwarzarbeit erhöhen und zum Abbau von Hunderttausenden legaler Beschäftigungsverhältnisse“ beitragen wird.

Die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein hat am 02.03.2006 ebenfalls diese Entscheidung kritisiert und von einem „Bärendienst“ für den Mittelstand gesprochen.

Klaus Müller und Fraktion